

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Vorstand GJ Bielefeld, Vorstand GJ Aachen, Oketade
Olayiwola-Olosun? (dort beschlossen am: 28.10.2025)

Titel: NRWs Hochschulen sind unkürzbar!

Antragstext

Wir leben in einer Zeit, in der die Chance auf eine gute Zukunft von der jungen Generation aktiv verteidigt werden muss. Während der Coronakrise wurde aktiv die junge Generation in die Verantwortung genommen. Sei es durch Homeschooling, Kontaktbeschränkungen oder den ausbleibenden Abiball: Die junge Generation hat oft persönlich zurückgesteckt, um Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Oft wurden wir damit getröstet, dass auch wieder bessere Zeiten kommen würden. Aber was haben wir bekommen? Die Bundesregierung plant die Wiedereinführung der Wehrpflicht, eine unsoziale Rentenreform und massive Rückschritte beim Klimaschutz. All das sind Schläge ins Gesicht junger Menschen!

Auch in NRW bahnt sich eine nächste Zumutung an. Die Landesregierung plant im Haushalt 2026 deutlich weniger Mittel für die Hochschulen als zunächst angesetzt. Es ist davon auszugehen, dass 150 Millionen Euro weniger an Grundfinanzierung an die Hochschulen fließen sollen.

Das reicht der Landesregierung jedoch nicht: Bis 2028 sollen den Universitäten durch diverse Maßnahmen fast 700 Millionen Euro entzogen werden. Dabei sind die Universitäten bereits heute das Ergebnis jahrzehntelanger Sparpolitik: Marode Gebäude, überlastetes Personal und Abhängigkeit von Drittmittel sind längst der Normalzustand.

2026 steigen die Bildungsausgaben in NRW um 1,7 Mrd. €, gleichzeitig sollen die Hochschulen massive Kürzungen hinnehmen. Dies ist ein Ausdruck politischer Prioritätensetzung, bei der vor allem kleine Kinder und ältere Menschen zählen, während wir jungen Erwachsenen systematisch übersehen werden. Auch im

Bildungsbereich darf es kein Ausspielen der Generationen geben. Zugleich droht der Anteil von Bildung am Gesamthaushalt weiter zu sinken.

Bildung ist kein Sparposten, sondern die Voraussetzung für Chancengleichheit, sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine starke und gut finanzierte Hochschullandschaft ist entscheidend für die nachhaltige Innovationskraft Nordrhein-Westfalens. Wer bei der Bildung spart, schwächt nicht nur Forschung und Wissenschaft, sondern riskiert auch soziale Spaltung und den Verlust von Zukunftsperspektiven.

Es wird am falschen Ende gespart!

Während einerseits 300 Millionen Euro für ein fragwürdiges Abschiebegefängnis investiert werden sollen, wird andererseits eine faktische Kürzung der Hochschulfinanzierung im Vergleich zu den Planwerten, durchgesetzt. Die Landesregierung zeigt dadurch deutlich, wo ihre Prioritäten liegen und dass ausreichend Investitionsmittel vorhanden sind. Wir sagen: Es wird am falschen Ende gespart! Als Grüne Jugend NRW stellen wir uns gegen ständige Forderungen nach „Law and Order“ und fordern den konsequenten Ausbau und die auskömmliche Finanzierung sozialer Infrastruktur.

Wir fordern:

- ein Umdenken in der Prioritätensetzung: weg von „Law and Order“ – hin zu gemeinwohlorientierter, sozialer Infrastruktur.
- dass die Landesregierung statt Kürzungen eine Investitionsoffensive für die Hochschullandschaft NRW vorantreibt.

Unabhängigkeit der Forschung sichern

Die Grüne Jugend NRW steht für solide finanzierte Hochschulen. Die zunehmende Drittmittelfinanzierung von Forschungstätigkeit sehen wir kritisch. Drittmittelfinanzierung machte im Jahr 2022 über 28 % der Hochschulmittel in Deutschland aus – vor 25 Jahren waren es nur etwa 18 % (Q1). Eine freie Forschung sieht anders aus.

Dies führt auch zu einer sinkenden Planbarkeit und erhöhtem Aufwand, durch die Notwendigkeit von Drittmittelbeschaffung. Besonders Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen und die, die gerade im wissenschaftlichen Betrieb Fuß fassen wollen, leiden unter diesen wachsenden Abhängigkeiten. Damit eine Tätigkeit in

der Forschung attraktiv ist, braucht es Planbarkeit und Sicherheit.

Wir fordern:

- eine starke Grundfinanzierung für alle Hochschulen.
- Planbarkeit und Sicherheit für Menschen, die in der Wissenschaft arbeiten und arbeiten wollen.

Gesundheitsversorgung sichern

Auch die Universitätskliniken in NRW sind von den geplanten Kürzungen erheblich betroffen. Trotz steigender Belastungen in der Hochschulmedizin sollen die Investitionsförderung um 68 Millionen Euro und die Gesamtförderung um 22,8 Millionen Euro (gegenüber 2025) gekürzt werden. Diese Kürzungen erfolgen, obwohl ab 2026 eine tariflich vereinbarte Senkung der Wochenarbeitszeit für Ärzt:innen von 42 auf 40 Stunden in Kraft tritt und flächendeckende Zeiterfassungssysteme weiterhin fehlen. Anstatt die Arbeitsbedingungen in einem ohnehin überlasteten Bereich zu verbessern, verschärft die Landesregierung die Situation zusätzlich.

Wir fordern:

- die vollständige Rücknahme dieser Kürzungen.
- gezielte Investitionen in Personal, Digitalisierung und Infrastruktur an den (Universitäts-)Kliniken.
- Einstellungsoffensive für ärztliches und medizinwissenschaftliches Personal.
- Kontrolle und Sicherung der Arbeitsbedingungen an Krankenhäusern.

Hochschulen im aktuellen Kürzungsprozess unterstützen

Verträge von studentischen Beschäftigten haben oft besonders kurze Laufzeiten. Es ist zu befürchten, dass Hochschulen daher insbesondere studentische Beschäftigte entlassen werden.

Genau diese studentischen Beschäftigten machen den Übungsbetrieb gerade erst möglich: Sie geben die Tutorien, erstellen Übungszettel und sind erste Ansprechpartner*innen, wenn es schwierig wird im Studium.

Letzteres kommt vor allem Studierenden zugute, die kein großes Netzwerk haben. Wenn diese studentischen Beschäftigten wegfallen würden, dann droht das Studium noch sozial undurchlässiger zu werden.

Staatliche Unterstützungsleistungen für Studierende reichen oft nicht aus, um „nur zu studieren“. Daher ist es oft auch eine finanzielle Notwendigkeit, einen Nebenjob neben dem Studium zu haben. Ein Nebenjob als Tutor*in trägt dabei durch eine Fachnähe zum Studienerfolg bei und kann daher besser mit dem Studium vereinbar sein.

Diese Kürzungen würden primär Studierende und Mitarbeitende, die in der „Hochschulhierarchie unten stehen“, betreffen und sind deswegen unsozial.

Wir fordern:

- kurzfristig, den Erhalt von aktuell bestehenden Stellen und den von ihnen ermöglichten Angeboten.
- langfristig, dass die Unterstützungsleistungen für Studierende es ermöglichen, neben dem Studium nicht arbeiten zu müssen. Unabhängig vom familiären Hintergrund.

Entscheidungsfindungsprozess an den Hochschulen

Studierende bilden die größte Statusgruppe an den Hochschulen. Die Entscheidungsmacht in wirklich wichtigen Fragen liegt jedoch weiterhin bei Gremien, in denen die Professor*innen eine Mehrheit innehaben. Die Stimme von Studierenden droht bei Kürzungsverhandlungen unterzugehen.

Wir fordern:

- die Universitätsleitungen auf Studierende in möglichen Gesprächen über Kürzungen umfassend zu beteiligen.
- die Landesregierung auf die Mitbestimmungsrechte der Studierenden durch eine entsprechende Änderung des Hochschulgesetzes zu stärken.

Q1: <https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/>

Begründung

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.